

«Wir brauchen einen Ausbau der Wasserkraft»

Der Zürcher SVP-Fraktionschef Martin Hübscher über Dichtestress, die Energieversorgung und Gewalt von rechts.

Interview: Sven Hoti

Die SVP verlor bei den letzten Kantonsratswahlen mit Abstand am meisten Sitze und Wähleranteil. Woran lag das und welche Lektionen hat Ihre Partei aus dieser Pleite mitgenommen?

Martin Hübscher: Wir sind immer noch mit Abstand die grösste Partei im Kantonsrat. Bei den Wahlen 2015 haben wir sicher von der Flüchtlingskrise profitiert. Der Klimahype bei den Wahlen 2019 hatte die gegenteilige Wirkung. Eine Wahlanalyse dazu hat ausserdem gezeigt, dass wir 2019 nicht unbedingt Wähler an andere Parteien verloren haben, sondern wir diese nicht ausreichend mobilisieren konnten – sie blieben zu Hause.

Wie wollen Sie das dieses Mal verhindern?

Es gibt verschiedene Massnahmen, die zum Zug kommen werden. Ich möchte noch nicht zu viel verraten, die Strategie betrifft ja nicht nur die Fraktion, sondern die ganze Partei. Aber natürlich wird es auch dieses Mal wieder eine Herausforderung für uns werden.

Es gibt also noch keine konkreten Mobilisierungsmassnahmen.

Ich glaube, man merkt schon, dass wir etwas aktiver, sichtbarer unterwegs sind. Aber die Schlussmobilisierung kann man jetzt noch nicht machen. Wir haben uns erfolglos dafür eingesetzt, dass der Wahlkampf zeitlich nach hinten verschoben wird. Der Wahlkampf dauert dieses Jahr gut sechs Wochen. Das hilft effektiv nur den kleinen Parteien.

Wie viele Sitzgewinne peilt Ihre Partei an?

Unser Ziel ist es, im Kantonsrat die grösste Fraktion zu bleiben. Wir sind zuversichtlich, dass wir das auch schaffen. Schön wäre, wenn wir wieder die knackige Zahl von 50 Sitzen erreichen könnten.

Wie würden Sie aus Sicht der SVP rückblickend die vergangenen vier Jahre im Rat beschreiben?

Es ist uns zwar einiges gelungen, das wir bereits im Vorfeld aufgegleist hatten. Insgesamt hatten wir aber einen sehr schweren Stand im Kantonsrat, allem voran mit der EVP, die links stimmte und so eine linke Mehrheit ermöglichte. Es war eine schwierige Legislatur für uns.

Was waren die grössten Erfolge, welche die SVP verbuchen konnte?

Ein grosser Erfolg war sicherlich die Ablehnung der Initiative zum Stimmrechtsalter 16. Wir waren die Einzigen im Kantonsrat, die sich dagegen ausgesprochen hatten, und eine grosse Mehrheit der Bevölkerung gab



«Wenn wir der Wirtschaft Steine in den Weg legen, hat am Schluss niemand mehr Lust, zu bauen», sagt Martin Hübscher. Bild: Andrea Zahler

uns recht. Auch der letztlich erfolgreiche Gegenvorschlag zur Nationalitätennennung in der Kriminalstatistik und in Polizei-

«Wo sollen die 200 000 Menschen hin, die der Kanton aufnehmen möchte?»

meldungen stammte von uns. Zudem erreichten wir Steuerenkungen auf verschiedenen Ebenen.

Zur Person

Martin Hübscher politisiert seit Mai 2015 für die SVP im Zürcher Kantonsrat. Seit Ende 2018 amtiert er als Fraktionspräsident. Der 53-Jährige leitet einen Landwirtschaftsbetrieb mit Milchwirtschaft und Obstbau. Daneben ist er unter anderem Präsident der Milchvermarktungsorganisation Mooh. Hübscher ist verheiratet, Vater zweier Kinder und wohnt in Bertschikon. (sho)

Welche Niederlagen hallen bis heute nach?

Uns schmerzt noch immer die Niederlage beim kantonalen Energiegesetz. Es war uns nicht gelungen, die Bevölkerung zu überzeugen, von einem Verbot von Ölheizungen abzusehen. Im Nachhinein gibt uns die derzeitige Situation recht. Wenn man schon wenig Strom hat, hilft es nicht gerade, noch mehr Stromheizungen zu installieren.

Mit welchen Themen möchte Ihre Partei bei den anstehenden Wahlen punkten?

Die Versorgungssicherheit – namentlich Energie- und Nahrungsmittelsicherheit – ist seit je

her ein Kernthema der SVP. Es wird langsam eng. Die zentrale Frage ist: Wo sollen die zusätzlichen 200 000 Menschen hin, die der Kanton Zürich in den nächsten Jahren aufnehmen möchte? Man ist nicht bereit, verdichtet zu bauen, und Wohnbauprojekte werden abgelehnt. Die Folge ist Dichtestress. Bei der Sicherheit geht es uns aber auch um Arbeitsplätze, die Rahmenbedingungen für KMU und die Planungssicherheit für die Wirtschaft.

Die Lösung der SVP gegen den drohenden Strommangel heisst unter anderem, bestehende AKW weiterzubetreiben und auch neue zu bauen. Ist das auf

kantonomer Ebene auch ein Thema?

Als grösster Eigner der Axpo sollte das natürlich auch hier ein Thema sein. In erster Linie setzt sich die SVP aber für eine Energiesicherheit ein. Es nützt nichts, wenn wir Stromproduktion im Ausland fördern. Wir müssen den Strom in der Schweiz produzieren. Dafür braucht es vor allem einen Ausbau der Wasserkraft. Als Forschungs- und Innovationsmotor Schweiz dürfen wir keine Scheuklappen bei der Technologie haben. Wenn der Ausbau im Solarbereich im besagten Ausmass kommt, brauchen wir einen Innovationsfortschritt, sonst bekommen wir den produzierten Strom gar nicht weg. Wenn es sein muss, dann auch mit einer Anschubfinanzierung durch den Staat.

Energiekrise und Teuerung lassen die Mieten weiter steigen. Wie ist dem zu begegnen?

Eines der Hauptprobleme, das wir haben, ist der Dichtestress. Je dichter der Raum wird, je grösser das Bevölkerungswachstum ist und je weniger wir nachkommen mit dem Bau neuer Infrastruktur, desto höher werden die Mieten. Da nützt auch vergünstigter Wohnraum nicht viel. Wir müssen uns fragen, ob wir ein solch grosses Wachstum wollen, und falls ja, müssen wir der Wirtschaft genügend Freiräume gewähren, damit sie diesen zur Verfügung stellen kann. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen. Wenn man ihr jedoch Steine in den Weg legt, dann hat am Schluss niemand mehr Lust, zu bauen, wie das nun beim Neugasse-Areal der SBB in Zürich voraussichtlich der Fall sein wird.

Die Stadtzürcher SVP wurde kritisiert, weil sie sich nur halbherzig von der rechtsextremen Gruppierung Junge Tat distanzierte, die eine Dragqueen-Lesestunde für Kinder störte. War das ein Fehler?

Wir verurteilen Gewalt – egal, ob von links oder von rechts – ganz klar. Sie darf nicht toleriert werden. Die Sicherheit auf den Strassen ist ein Wert, dem Sorge zu tragen ist. Zum Glück darf man in der Schweiz demonstrieren, aber solche Aktionen gehen gar nicht.

Wieso sollen die Wählerinnen und Wähler am 12. Februar SVP wählen?

Wir stehen für Freiheit, Sicherheit und Stabilität – und genau diese Eigenschaften sind gefragt in der momentanen Situation.

Interviewreihe

Vor den Kantonsratswahlen am 12. Februar 2023 führt die «Lim-mattaler Zeitung» den Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten auf den Zahn. Dies ist der erste Teil der Serie.